Antragsteller/Träger: Ort, Datum:

Projektnummer
(wird von SenBJF ausgefüllt)
_____

Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie
V A 1 – Geschäftsstelle
Bernhard-Weiß-Str. 6

10178 Berlin

Antrag auf Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau der Kindertagesbetreuung mit Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) für Investitionsmaßnahmen zum weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung in Berlin in den Jahren 2026-2029
(Investitionsprogramm „Kindertagesbetreuung" 2026-2029)
- Gemäß der aktuellen Förderrichtlinie -

☞ Die Antragsunterlagen sind in einfacher Ausfertigung, Bauunterlagen digital (Stick) und in zweifacher Ausfertigung (gelocht, bitte ohne Folien und ohne Spiralbindung) einzureichen.

Es werden € für Investitionsmaßnahmen in Tageseinrichtungen und zur Kindertagespflege für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt in der nachfolgend genannten Einrichtung beantragt:

1. Einrichtungsangaben	
Einrichtungsname:	
☐ Bestehende Einrichtung	☐ Einrichtung in Gründungsphase
Einrichtungsstandort: ☞ Bitte vollständige Anschrift angeben	
Bezirk:	**Ggf. Einrichtungsnummer (ISBJ):**
Bezirksregion: https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/adressauskunft	**Nummer der Transparenzdatenbank (Berlin)** *(gemäß Förderrichtlinie, weitere Informationen siehe Merkblatt zur Transparenzdatenbank)* ☐ wurde beantragt und wird nachgereicht.

Betriebserlaubnis gemäß § 45 SGB VIII:

☐ liegt mit Datum vom für Plätze vor.

☞ *Die Kita-Aufsicht ist über das beabsichtigte Vorhaben zu informieren!*

Einrichtungen in Gründungsphase

☐ soll für Plätze beantragt werden, **davon** Plätze mit Kindern unter drei Jahren

☐ eine Erstberatung durch die Kita-Aufsicht ist bereits erfolgt.

☐ Ansprechpartner/in bei der Kita-Aufsicht ist:

2. Trägerangaben

Vollständiger Trägername: ☞ *gemäß Eintrag im Vereins- oder Handelsregister*	**Trägernummer (ISBJ)**
Trägeranschrift:	
Ansprechpartner/in des Trägers für die Umsetzung des Projektes:	
Name, Vorname:	
Funktion:	
Telefon:	
E-Mail:	
Zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugte Person(en) des Trägers: ☞ *Name, Vorname in Druckbuchstaben* 1. 2. 3.	**Unterschriftenprobe(n):** 1. 2. 3.
☐ Nachweis der rechtsgeschäftlichen Vertretung als Anlage	
Erreichbarkeit des Trägers: Telefon:	E-Mail:

Rechtsform:

- ☐ Eigenbetrieb
- ☐ Stiftung des öffentlichen Rechts
- ☐ e.V.
- ☐ gGmbH
- ☐ gUG
- ☐ Sonstige

Gemeinnützigkeitsnachweis:

- ☐ Der Nachweis liegt als Anlage bei.
- ☐ Der Nachweis ist am beantragt worden.
- ☐ Entfällt, weil

Mitglied im Verband:

Vorsteuerabzugsberechtigung gemäß § 15 des Umsatzsteuergesetzes:

- ☐ Nein
- ☐ Ja, Nachweis als Anlage

Bankverbindung:

Bank:

IBAN:

Kontoinhaber:

Diese Bankverbindung stellt ein Sonderkonto dar, das getrennt von den übrigen Konten geführt und ausschließlich für das Projekt verwendet wird.

☐ Ja ☐ Nein

Trägerunterlagen sind beigefügt:

- ☐ Finanzierungsplan
- ☐ Satzung oder Gesellschaftervertrag als Anlage
- ☐ Vereins- oder Handelsregisterauszug als Anlage
- ☐ notarielle Anmeldung beim Registergericht als Anlage
- ☐ Auszug aus der Transparenzdatenbank
  (Merkblatt abrufbar unter https://www.berlin.de/sen/jugend/familie-und-kinder/kindertagesbetreuung/fachinfo/ausbau/#headline_1_188)
- ☐ Auszug aus Transparenzregister des Bundes
- ☐ Eigenerklärung über die Einhaltung der Vorgaben Landesmindestlohngesetz
- ☐ Verpflichtungserklärung zur Leistungsgewährungsverordnung (LGV)

(Gilt nur für kirchliche Träger und Kita-Eigenbetriebe)

- ☐ gesetzliche Grundlage der rechtsgeschäftlichen Vertretung (Auszug)
- ☐ Nachweis der Unterschriftsberechtigung

3. Projektangaben/Vorhaben

3.1 Zuwendungszweck

Mit den Fördermaßnahmen werden wie folgt zusätzliche Plätze geschaffen und/oder Plätze erhalten:

Neu entstehende Plätze .

Plätze, die ohne Erhaltungsmaßnahmen entfallen .

3.2 Angaben zu den Platz- und Belegungszahlen in der bestehenden Einrichtung

Nach der aktuellen Betriebserlaubnis für die Einrichtung sind insgesamt

Anzahl bitte eintragen

Plätze **erlaubt** (die Betriebserlaubnis wird dem Antrag beigefügt) und

Plätze **angeboten** zum Stichtag **30.06. des Jahres/Vorjahres**

Vertragliche **Belegung** der Einrichtung zum Stichtag **30.06. des Jahres/Vorjahres** (Platzauslastung)

Anzahl bitte eintragen

Plätze sind insgesamt in dieser Einrichtung zum Stichtag **belegt**.

Sofern die erlaubten Plätze in der Einrichtung nicht vollständig angeboten werden, so benennen Sie die Gründe hierfür und die beabsichtigten Maßnahmen, die zur vollen Ausschöpfung der Betriebserlaubnis ergriffen werden.
Sofern die angebotenen Plätze nicht vollständig belegt sind, so benennen Sie die Gründe hierfür und die beabsichtigten Maßnahmen, die zu einer höheren Auslastung der Einrichtung beitragen werden.

Angaben zu den Gründen der Unterbelegung und zu den Maßnahmen für eine gute Auslastung bitte als Anlage beifügen.

Indikatoren für Einrichtungen mit einem erhöhten Anteil an Kindern in herausfordernden Lebenslagen:

☐	nichtdeutsche Herkunftssprache (ndH)		Kinder
☐	Quartiersmanagement/Monitoring Soziale Stadt (QM/MSS)		Kinder
☐	Integration	Kinder Typ A	Kinder Typ B
☐	Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)		Kinder

Zuschlagsberechtigung ab 01.01.2027

☐	Bildungs- und Teilhabepaket (BuT)		Kinder
☐	Partizipationszuschlag für Kinder mit berlinpass-BuT		Kinder
☐	Sprachförderkinder mit Sprachförderauflage nach § 55 Abs. 2 SchulG		Kinder
☐	Integration	Kinder Typ A	Kinder Typ B
☐	nichtdeutsche Herkunftssprache (ndH)		Kinder

Einbeziehung der SenBJF – V D 2 Einrichtungsaufsicht (bei baulichen Maßnahmen zwingend)

☐ ist bereits erfolgt - zuständige Bearbeitung: Frau/Herr
Die Abstimmungsergebnisse sind als Anlage beigefügt.

☐ wird bis zum erfolgen.
Die SenBJF V A 1 - Geschäftsstelle wird schriftlich über die Ergebnisse informiert, bevor die Bearbeitung des Antrags erfolgen kann.

Die Dringlichkeitsbescheinigung/Bedarfsbestätigung des Bezirkes

☐ liegt als Anlage bei.
☐ wird bis zum nachgereicht, bevor die Bearbeitung des Antrags erfolgen kann.
☐ Es wurde bereits Kontakt mit dem Bezirk aufgenommen, Abstimmungen laufen.

3.3 Ggf. besondere Fördergründe aus Trägersicht

☞ *Aufnahme von Einrichtungen mit einem erhöhten Anteil an Kindern in herausfordernden Lebenslagen, (z.B. ökonomische Lage, nicht-deutsche Familiensprache, Armut, Fluchterfahrung, familiäre Belastungen), Stärkung der inklusiven Kindertagesbetreuung, bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder mit (drohenden) Behinderungen?*
Investitionen in Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Nutzung erneuerbarer Energien.

☐ als Anlage

☐ wird bis zum nachgereicht.

3.4 Inhaltliche Beschreibung des Projektes

☞ *(z.B. bauliche Situation/Zustand der Einrichtung, kurze Beschreibung als Anlage des gesamten Ausbau- bzw. Sanierungsbedarfs der Einrichtung*

☐ Ergänzende fachliche Erläuterungen (z.B. Kurzkonzept der Einrichtung) als Anlage.
☐ Lageskizze der Einrichtung als Anlage beigefügt.
☐ Grundriss der Einrichtung, in dem die für das Vorhaben relevanten Gebäudeteile gekennzeichnet sind, als Anlage beigefügt.
☐ Es werden selbständige, abgrenzbare Bauabschnitte der Gesamtmaßnahme gebildet.
☐ Es werden Hitzeschutzmaßnahmen umgesetzt.

3.5 Umsetzungs-/Zeitplan

☞ *Die geförderten Projekte müssen bis spätestens 31.12.2032 abgeschlossen sein. Abgeschlossene Maßnahmen müssen innerhalb von drei Monaten nach Beendigung der Maßnahme abgerechnet werden. Die Investitionsmittel sind bis zum 30. November 2034 vollständig abzurufen und zu verausgaben.*

Beginn der Umsetzung des Projektes am:

Ende der Umsetzung des Projektes am:

Innerhalb der Vorgaben des Bundes ☐ ja ☐ nein

Inbetriebnahme der Plätze voraussichtlich am:

Die Personalgewinnung wird rechtzeitig eingeleitet.

☐ **Antrag auf vorzeitigen Maßnahmebeginn**: *mit Begründung als Anlage*

4. Maßnahmekosten

Als Anlage liegt bei

☐ Kostenschätzung nach DIN 276 oder einfache Kostenkalkulation im Vorfeld - differenziert nach Gewerken sowie Massen und Einzelpreisen

☐ Preisrecherche nach Katalog, Internet etc. *(Kopien, Ausdrucke)*

☐ Kostenvoranschläge/Angebote *(drei je Auftrag, zum Zeitpunkt der Antragstellung zunächst ein Angebot ausreichend)*

☞ *Unterlagen zur Darstellung und Begründung der Maßnahmekosten sind als Anlage beizufügen. Auswahlentscheidungen sindzu erläutern und bei den tatsächlichen Auftragsvergaben sind die geltenden Vergabericht-linien und die aktuellen Wert-grenzen zu beachten und einzuhalten (LHO, UVgO und VOB). Bei baulichen Maßnahmen sind die Gesamtkosten (direkte Baukosten zzgl. Baunebenkosten) einzutragen.*

Maßnahmeart	**Maßnahmekosten (Bruttoangaben)**
	Spalte 1
Neubau *(Errichtung eines neuen Gebäudes)*	**EUR**
Ausbau *(Schaffung neuer Räumlichkeiten, bauliche Erweiterung bestehender Räume und Gebäude/Anbau)*	**EUR**
Umbau *(bauliche Veränderung bestehender Räume, Nutzungsänderung, etc.)*	**EUR**
Sanierung/Modernisierung *(Wiederherstellung baulicher und betrieblicher Anlagen, Wiederherstellung oder Verbesserung baulicher oder technischer Anlagen)*	**EUR**
Ausstattung *(nur im Zusammenhang mit baulichen Maßnahmen)* *(Bewegungsförderung, Gesundheitsförderung, Umsetzung von Inklusion, Familienorientierung, Hitze-schutz oder Sonstiges)*	**EUR**
Ausstattung *(Sachinvestition in die Digitalisierung) eigener Fördertatbestand*	**EUR**
Gesamtkosten	**EUR**
Kosten je Platz	**EUR**

5. Finanzierungsplan

Gesamtkosten des Projektes ☞ *Übernehmen aus 4., Spalte 1, letzte Zeile*	**EUR**
Eigenmittel *(mindestens 5 % der Gesamtkosten)*	**EUR**
Beantragte Fördermittel *(unter Beachtung der Förderobergrenzen nach Nr. 5.2 der Förderrichtlinie -höchstens 95 % der Gesamtkosten und deckungsgleich mit der Angabe auf Seite 1 des Antrags*	**EUR**
Ggf. weitere Eigenmittel (Spenden, Eigenbeträge, sonstige Einnahmen) zur Sicher-stellung der Gesamtkosten des Projektes	**EUR**
Ggf. Zuwendungen von anderen behördlichen oder nichtbehördlichen Stellen zur Sicherstellung der Gesamtkosten des Projektes	**EUR**

☐ Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter der Voraussetzung der Bewilligung gesichert.

6. Gebäudeangaben

Das Gebäude befindet sich

☐ im Eigentum des Antragstellers

☐ Das Grundstück wurde nach den Vorgaben zur „Veräußerung von sanierungsbedürftigen Kita-Grundstücken an Dritte für 1 €“ **gekauft**, die Sanierungsverpflichtung wurde übernommen.

☐ im Eigentum des Landes Berlin.

☐ Der Kita-Standort wird auf Grundlage einer Nutzungsvereinbarung mit dem Bezirk betrieben.

☐ Für die Nutzung des Kita-Standortes besteht eine Erbbaurechtsregelung mit dem Bezirk.

☐ in Privatbesitz *(Wenn sich das Gebäude in Privatbesitz befindet, können nur nutzerbedingte bauliche Maßnahmen gefördert werden. Eine Wertsteigerung von privatem Eigentum durch Fördermittel ist ausgeschlossen.)*

☐ Sonstiges:

Der für den Betrieb der Einrichtung ☐ bestehende oder ☐ vorläufige

- ☐ Mietvertrag als Anlage
- ☐ Mietvertragsentwurf als Anlage
- ☐ Pachtvertrag als Anlage
- ☐ Nutzungsvertrag als Anlage
- ☐ Sonstiges als Anlage

Der geltende Vertrag/in Verhandlung befindliche Vertrag läuft/soll laufen bis zum:

Werden neben Kostenblatteinnahmen zusätzlich öffentliche Mietzuschüsse gewährt? ☐ Ja ☐ Nein

Die Einhaltung der Zweckbindung von einer Mindestlaufzeit von

- ☐ **10 Jahren** (Umbau, Sanierung, Modernisierung)
- ☐ **25 Jahren** (Neubau, Ausbau)

wird erfüllt.

☝ *Bitte nur ankreuzen, wenn die Bedingung (z.B. Laufzeit des Vertrages/der Verträge) entsprechend erfüllt wird.*

7. Bauangaben

☐ Der beauftragte Planer hat die Bauunterlagen in Kenntnis der einschlägigen Anforderungen (Merkblatt baufachliche Antragsbeurteilung) erstellt.

☐ Für das Bauvorhaben liegt eine Kostenschätzung nach DIN 276 als Anlage bei.

☐ Die Bauunterlagen liegen in doppelter Ausführung sowie digital (Stick) bei.

Ein Architekt/Ingenieur soll beauftragt werden

☐ mit der Ausführungsplanung des Bauvorhabens und/oder ☐ mit der Bauleitung.

Die Einverständniserklärung des Eigentümers zur Umsetzung des Bauvorhabens

☐ liegt als Anlage bei oder ☐ wird eingeholt und bis zum nachgereicht.

Seitens des Eigentümers besteht eine Rückbauverpflichtung. Daraus können Einschränkungen der Förderfähigkeit entstehen. ☐ Ja ☐ Nein

8. Förderung aus anderen Förderprogrammen

Für die o.g. Einrichtung wurden in der Vergangenheit öffentliche Fördermittel aus Förderprogrammen bewilligt und ausgezahlt:

☐ nein

☐ ja, folgende:

☞ *ggf. Ergänzungen als Anlage beifügen. Bitte bei dem jeweiligen Fördermittelgeber Angaben erfragen, sofern unklar.*

Fördermittelgeber	Förderprogramm / Projektnummer / Zuwendungszweck	Fördersumme	Förderjahr	Zweckbindung bis:
		EUR		
		EUR		
		EUR		

Ich versichere/Wir versichern, dass für die **beantragten Maßnahmen** aus keinem anderen öffentlichen Förderprogramm Fördermittel beantragt oder bewilligt wurden **(Ausschluss der Doppelfinanzierung)**.

Des Weiteren verpflichte ich mich/verpflichten wir uns, im Falle einer Mittelreservierung und Förderung aus Mitteln aus dem SVIK (Investitionsprogramm Kindertagesbetreuung) parallele Anträge auf Fördermittel für diese Maßnahme aus anderen öffentlichen Förderprogrammen zurückzuziehen.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, der SenBJF V A 1 - Geschäftsstelle – Änderungen **unverzüglich** mitzuteilen.

Förderungen anderer Vorhaben und Maßnahmen als dem/den hier beschriebenen bleiben davon unberührt.

9. Erklärungen des antragstellenden Trägers und Schlusszeichnung

Ich erkläre/Wir erklären,

- dass mit dem Projekt noch nicht begonnen wurde,
- dass rechtliche Verpflichtungen (Auftragsvergabe, Vertragsabschlüsse etc.) für das Projekt erst eingegangen werden, wenn die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) V A 1 - Geschäftsstelle erteilt wurde.

Mir/uns ist bekannt,

- dass die im Antrag enthaltenen Daten durch SenBJF V A 1 - Geschäftsstelle elektronisch gespeichert und wenn erforderlich zur baufachlichen Antragsbeurteilung an die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen (SenStadt) übermittelt werden,
- dass im Falle einer Förderung Träger-, Einrichtungs- und Projektdaten an das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Rechnungshof des Landes Berlin, beteiligte Senatsverwaltungen von Berlin sowie parlamentarische Gremien übermittelt werden,
- dass im Falle der Förderung zur Umsetzung von Senatsbeschlüssen Informationen zur geschlechtergerechten Verteilung – Gender – und zur geschlechtsspezifischen Beschäftigungsstruktur erhoben werden.

Mir/Uns ist bekannt,
dass die Verordnung über die Berücksichtigung der aktiven Förderung der Beschäftigung von Frauen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei der Gewährung freiwilliger Leistungen aus Landesmitteln (Leistungsgewährungsverordnung – LGV) ab einer Zuwendungssumme von 25.000 € und einer Beschäftigung von mehr als 10 Arbeitnehmer/innen verpflichtend ist.

Ich versichere/Wir versichern
die Vollständigkeit der Angaben zur Finanzierung des Vorhabens und zur Finanzplanung, insbesondere zur Art und Höhe der erwartbaren Einnahmen.

Ich erkläre /Wir erklären,
dass keine Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- bzw. Vollstreckungs- oder Insolvenzverfahren gegen den Träger bevorstehen bzw. beantragt oder eröffnet sind.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns,

- dass alle im Antrag gemachten Angaben bei Bedarf belegt werden,
- die SenBJF V A 1 - Geschäftsstelle unverzüglich schriftlich zu unterrichten, wenn sich hinsichtlich von Umständen, zu denen Angaben gemacht wurden, Änderungen ergeben.

Mir/Uns ist bekannt,
dass aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben unberechtigt erhaltene Finanzmittel unverzüglich zurückzuzahlen und ab Empfang mit 5 v.H. über dem Basiszinssatz zu verzinsen sind.

Ich versichere/Wir versichern,
dass für das in diesem Antrag beschriebene Vorhaben und die darin beantragten Maßnahmen weder aus den vorangegangenen Programmjahren des Investitionsprogramms noch aus anderen öffentlichen Förderprogrammen Fördermittel bewilligt worden sind.

Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns im Falle einer Förderung,

- der SenBJF V A 1 - Geschäftsstelle unverzüglich mitzuteilen, wenn für einen Teil der hier beantragten Maßnahme(n) oder für das hier beschriebene Vorhaben aus anderen öffentlichen Förderprogrammen beantragte Fördermittel bewilligt worden sind,
- parallele Anträge für dieses Vorhaben auf Fördermittel aus anderen öffentlichen Förderprogrammen zurückzuziehen. Förderungen anderer Vorhaben und Maßnahmen bleiben davon unberührt.

_____
Ort, Datum

_____
Rechtsverbindlich Unterschrift(en) der zur rechtsgeschäftlichen Vertretung befugten Person(en)